**Voranschlag 2022/ Finanzplan 2023-2025 - Eintreten**

Die glp-Fraktion dankt dem Regierungsrat und den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung für die sorgfältige und umfassende Berichterstattung zum Budget 2022 und der Finanzplanung 23-25.

***«Die glp will 3 x 9» - Wo wir dies fordern, erklären wir Ihnen gleich.***

Auf den ersten Blick kommt das Budget 2022 mit einer roten Null von 1.6 Mio. Defizit unspektakulär und der Situation geschuldet solide daher. Auch die Tatsache, dass bereits alle Covid-Massnahmen in den Vorjahren zurückgestellt wurden und das 2022 nicht mehr belasten, wirkt beruhigend. Zudem ist bereits eine Steuerfusssenkung um 5% im Ergebnis berücksichtigt. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt zwar nur 35%, im Schnitt über die letzten 8 Jahre aber immer noch 169%, erfüllt also §18 des Finanzhaushaltsgesetzes. Positiv auch die geplanten Nettoinvestitionen von 75.3 Mio., welche die Wirtschaft ankurbeln sollen, wenn auch in erster Linie v.a. die Baubranche.

Wie gesagt auf den ersten Blick. Ein näheres Hinschauen lohnt sich aber. So ist zum Beispiel im Ergebnis auch eine Auflösung von 20 Mio. aus der NFA Schwankungsreserve beinhaltet.

Der **Personalaufwand** steigt gegenüber dem Budget 2020 um 2.2%. Fast 49 zusätzliche Stellen sind geplant. Auch wenn davon nur 26 sogenannt beeinflussbar sind, ist die Erhöhung ~~doch~~ wiederum hoch. Wie immer mit der Bemerkung versehen, dass das Wachstum dem Wachstum der Bevölkerung entspricht. Auch der Trend befristete Stellen in unbefristete Stellen umzuwandeln hält an.

*(SK +2.2, DBU +7.5, DEK +5.5, DJS +19.65 (Polizei 6, Migrationsamt 9 (Bund finanz.)), DBU +12.1, DFS +6.8. Ausserhalb Stellenplan aber doch bemerkenswert SVZ +12 Stellen (vom Bund vorgegeben und finanziert)*

Wir wehren uns nicht gegen die generelle und individuelle Lohnerhöhung von je 0.4%, ~~welche auch als Anerkennung für die ausserordentlich erbrachten Leistungen während der Corona-Krise bezeichnet wird.~~ Begründet wird die Erhöhung auch damit, dass letztes Jahr eine Nullrunde für das Personal gemacht wurde. Auch wir anerkennen die Leistung des Personals und bedanken uns dafür. Wir möchten aber trotzdem daran erinnern, wie es sehr vielen Arbeitnehmern im Thurgau während des letzten Jahres und während des laufenden Jahres gegangen ist. Diese Arbeitnehmer waren teilweise mit erheblichen Lohnkürzen aufgrund der Kurzarbeit konfrontiert. Eine Nullrunde wäre also geradezu eine freudige Nachricht gewesen. Wir bitten Sie, dies zu berücksichtigen und den Angestellten der Verwaltung die unter dem Strich privilegierte Position gelegentlich in Erinnerung zu rufen. Eine Lohnerhöhung ist kein Recht, das jedes Jahr eintreffen muss. Es ist eine Anerkennung für bessere Leistung oder ein Teuerungsausgleich.

*(Zusätzlich zu den 0.8% noch 500’ für strukturelle Lohnanpassungen (via Fluktuationsgewinn finanziert) und 500’ für Leistungsprämien plus 50'000 für Ideenmanagement). (Neue Planstellen wegen Umsetzungsvorgaben: Bsp. Öffentlichkeitsbeauftragter +60% Stelle 🡪 könnte auch befristet sein, man weiss noch nicht, was auf die Abteilung zukommt)*

Was auffällt ist, dass die Grafik die Anzahl Stellen pro 1'000 Einwohner nicht mehr gezeigt wird. Wenn man sie selbst berechnet genau 10.06 🡪 **Die glp fordert, dass diese Zahl mittelfristig auf 9.0 gesenkt wird.**

Der **Sach- und übrige Betriebsaufwand** steigt um 0.5% - auf den ersten Blick. Dies als moderaten Anstieg zu bezeichnen, ist aber gelinde gesagt, eine etwas verwegene Aussage. Den auf den zweiten Blick aber eigentlich um 10 Mio. also plus 1.8%. Denn 9 Mio. sind neu im Transferaufwand verbucht, müssen also herausgerechnet werden. 8 Mio. sind auf anstehende Informatikkosten zurückzuführen.

Schaut man sich in diesem Zusammenhang die Staatsquote an, beträgt sie im 2022 10.39%, mit leichter Tendenz gegen 10.0 bis 2025. **Die glp fordert mittelfristig eine Staatsquote** (mit einer 9, idealerweise einem Null hinter dem Komma) **von 9.0**.

Der Regierungsrat budgetiert mit einer **Steuerfussreduktion** um 5%. Die glp steht dem positiv gegenüber. Aber wir glauben, hier geht noch mehr.

Schauen wir uns die finanzielle Gesamtsituation des Thurgaus an:

* Selbst ohne die TKB-Millionen haben wir ein Eigenkapital von 500 Mio. in den Büchern, darin enthalten 150 Mio. Schwankungsreserven für SNB-Ausschüttungen.
* Für 2021 ist ein Minus von 50 Mio. budgetiert. Allerdings kann man davon ausgehen, dass das Geschäftsjahr 2021 wesentlich besser ausfällt. Denn die Steuereinnahmen 2021 sind viel zu pessimistisch budgetiert. So zu lesen im Budget 2022. Wenn die Steuereinnahmen 2021 auf dem Niveau 2020 bleiben und die 6-fache SNB-Ausschüttung statt der budgetierten 4-fachen Ausschüttung erfolgt, wie in den Budgetrichtlinien erwähnt (plus 40 Mio. zu Budget), dann wird es für 2021 sogar ein positives Ergebnis geben.
* Das 0-er Budget für 2022 rechnet mit einer 4-fachen SNB-Ausschüttung. Realistisch ist aber eine 6-fache Ausschüttung. Dies würden wiederum 129.6 Mio. bedeuten. 1 Steuerprozent beträgt rund 8 Mio., d.h. mit 129.6 Mio. kann man 16 Steuerprozente finanzieren. Vor diesem Hintergrund ist die 5%ige Steuerfusssenkung der Regierung zu defensiv. Die Bevölkerung und die Wirtschaft im Thurgau sollen von diesem SNB-Manna profitieren. Die glp will damit Arbeitsplatzsicherheit, die Innovationskraft fördern und auch die Staatsquote tief halten.

**Deshalb fordert die glp eine Steuerfusssenkung von 9%.** Sollte sich die Situation mit den SNB-Ausschüttungen in den nächsten Jahren ändern und in die gegenteilige Richtung entwickeln, kann man den Steuerfuss wieder nach oben korrigieren.

Also **3x9:**

* **9 Stellen pro 1000 Einwohner**
* **9% Staatsquote**
* **9% Steuersenkung**

26.9.21/Ueli Fisch